

■ AUSWEIS

## C-Ausweis erst nach zehn Jahren

Anerkannte Flüchtlinge sollen nach dem Willen des Nationalrates nicht mehr wie bis anhin nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz eine Niederlassungsbewilligung erhalten. Wie Nicht-EU-Bürger sollen sie den C-Ausweis erst nach zehn Jahren beantragen können. Der Rat gab mit 85 zu 54 Stimmen einer Parlamentarischen Initiative von FDP-Nationalrat Philipp Müller (AG) Folge. Mit der heutigen Regelung seien Flüchtlinge bessergestellt als Ausländer, die nicht mit einem Asylgesuch in die Schweiz gekommen seien, sagte Müller. Bei allen Personen aus Drittstaaten soll nicht die Aufenthaltsdauer, sondern die Integration dafür ausschlaggebend sein, ob sie eine Niederlassungsbewilligung erhalten. Der Vorstoss verletze zudem nicht die Menschenrechtskonvention. Die Vertreterin der Kommissionsminderheit, Silvia Schenker (SP/BS), erinnerte daran, dass sich Flüchtlinge, die «an Leib und Leben» bedroht seien, nicht mit Ausländern vergleichen liessen, die freiwillig ihre Heimat verlassen hätten. Weil die zuständige Ständeratskommission Müllers Initiative nicht Folge leisten wollte, geht das Begehren nun direkt in den Ständerat. ([www.nachrichten.ch](http://www.nachrichten.ch))

### Im Nationalrat angenommen



■ ASYLZAHLEN

### Zahl der Gesuche steigt wieder

Die Zahl der Asylbewerber in Industriestaaten ist wieder gestiegen. Von Januar bis Juni wurden 17 Prozent mehr Anträge gestellt als im Vorjahr. Gründe für die Steigerung könnten unter anderem in den Krisen in West-, Nord- und Ostafrika liegen. Denn unter den Asylsuchenden sind deutlich mehr Tunesier, Libyer und Menschen aus der Elfenbeinküste. Das wirkte sich vor allem auf Italien aus: Dort wurden zwischen Januar und Juni mehr Anträge gestellt als im gesamten Jahr 2010. Die Zahlen weisen aber nicht aus, wie vielen Anträgen stattgegeben wurde.

([www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch))

■ ABSTIMMUNG

### Sozialhilfegesetz angenommen

Im Kanton Zürich werden Menschen mit vorläufigem Bleiberecht künftig nach den Vorgaben des Sozialhilfegesetzes unterstützt. Das revidierte Sozialhilfegesetz wurde im September mit 61,4 Prozent angenommen. Der Gegenvorschlag der SVP zur Revision des Sozialhilfegesetzes wurde mit 38,4 Prozent Zustimmung abgelehnt. Die SVP und EDU wollten den abgewiesenen Asylbewerbern weiterhin nur Nothilfe gewährleisten. Sie befürchteten, dass ansonsten der Zustrom von Scheinasylsuchenden in Zürich zunehmen würde.

([www.tagesschau.sf.tv](http://www.tagesschau.sf.tv))

■ STUDIE

### Gesundheit der Migranten

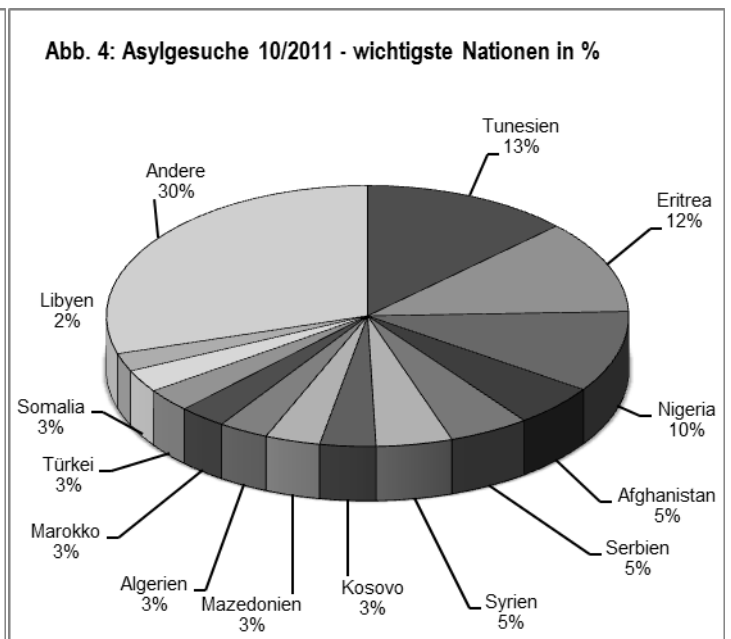
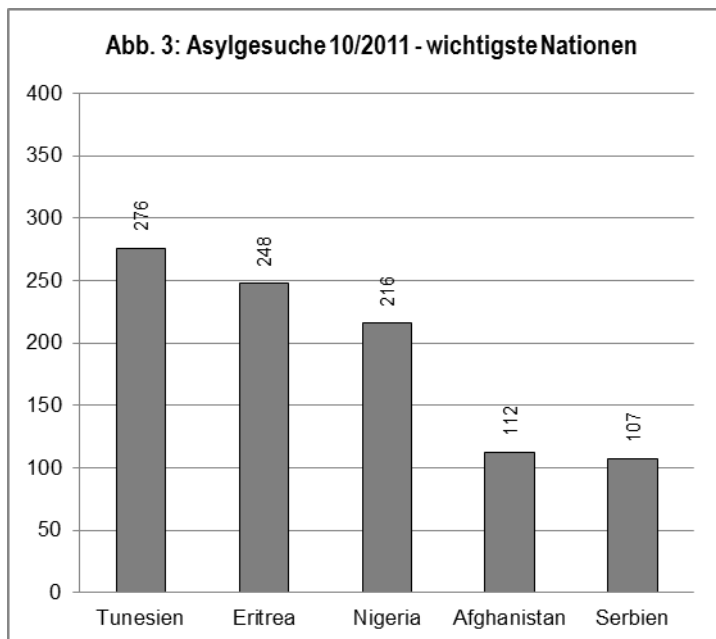
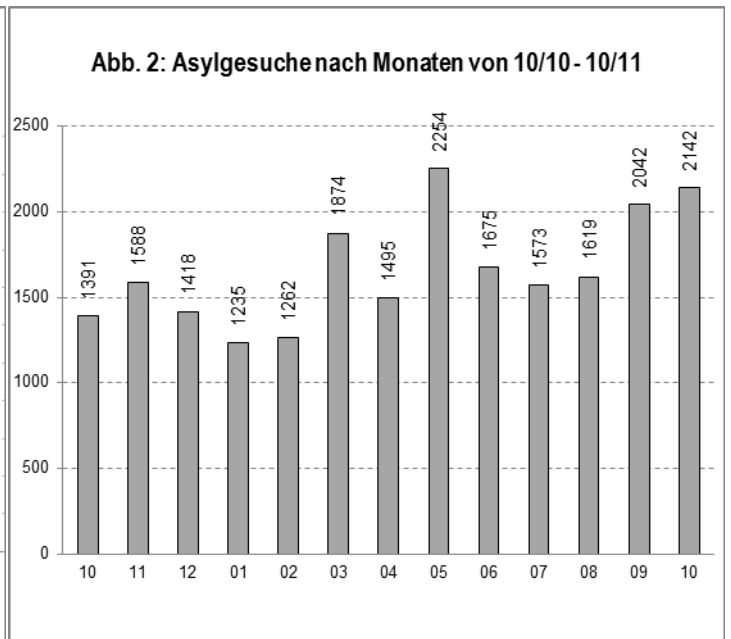
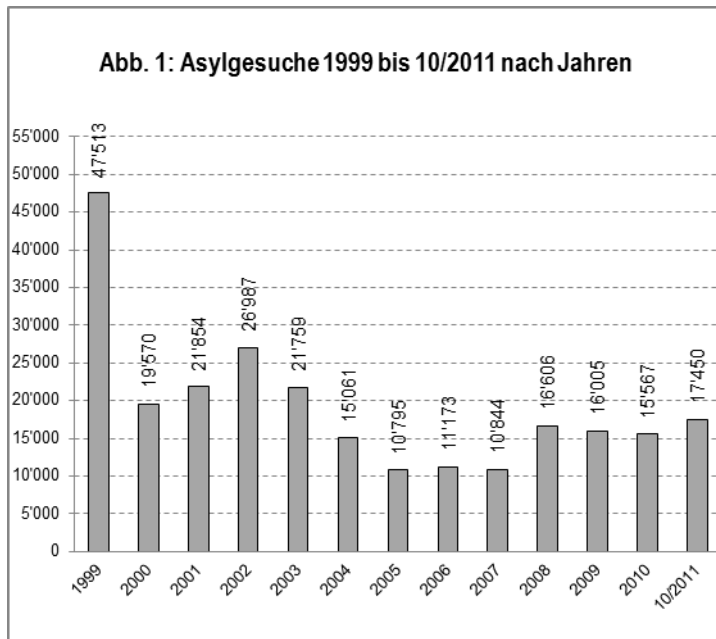
Den in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten geht es gesundheitlich oftmals weniger gut als der einheimischen Bevölkerung. Dennoch beanspruchen sie das Gesundheitswesen nicht überdurchschnittlich. Dies belegen neue Forschungsergebnisse. Das Bundesamt für Gesundheit und das Bundesamt für Migration haben zum zweiten Mal die Migrationsbevölkerung zu ihrem Gesundheitszustand befragt (Gesundheitsmonitoring, GMM II). Ihr körperlicher und psychischer Gesundheitszustand ist häufig schlechter als derjenige der Einheimischen. ([www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch))

■ ASYLSTATISTIK

**Asylgesuchszahlen steigen wieder an**

Im Oktober 2011 wurden in der Schweiz 2142 Asylgesuche eingereicht. Das sind 100 Gesuche mehr als im Vormonat. Im Oktober stammten die meisten Gesuche aus Tunesien; es waren 276 Gesuche, das sind 48,4% mehr als noch im September (186 Gesuche). Dann folgen Eritrea mit 248 Gesuchen (-0,8%) und Nigeria mit 216 Gesuchen (+27,1%). Von Januar 2010 bis Oktober 2011 haben insgesamt 17'450 Personen ein Asylgesuch eingereicht, was bereits die Anzahl Gesuche des ganzen letzten Jahres übertrifft (im 2010 gingen insgesamt 15'567 Gesuche ein). Als Personen im Asylprozess wurden in der Schweiz Ende Oktober 2011 insgesamt 39'130 Personen erfasst. Das sind 2'507 Personen oder 6,4 Prozent mehr als Ende Oktober 2010 (36'623). 12'138 Gesuche waren erstinstanzlich hängig (gegenüber Oktober 2010: +47,2%). Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen betrug 23'483 (gegenüber Oktober 2010: -1,4%). 3180 Personen wurde in den ersten 10 Monaten dieses Jahres Asyl gewährt. Dies entspricht einer Anerkennungsquote von 22 Prozent.

Quelle Asylstatistiken: www.bfm.admin.ch



■ BESCHLEUNIGUNG

## Zusatzbotschaft zur Revision des Asylgesetzes verabschiedet

Der Bundesrat hat Ende September die Zusatzbotschaft zur laufenden Revision des Asylgesetzes verabschiedet. Die kurzfristig realisierbaren Massnahmen sollen eine effizientere Abwicklung und die punktuelle Beschleunigung der Asylverfahren ermöglichen.

Mit der Zusatzbotschaft zur laufenden Asylgesetzrevision ergänzt der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes, die er dem Parlament im Mai 2010 überwiesen hat. Die Zusatzbotschaft umfasst vier Neuerungen:

- Schaffung einer Vorbereitungsphase vor dem eigentlichen Asylverfahren
- Medizinische Abklärungen bei verfahrensrelevanten gesundheitlichen Beeinträchtigungen in den bestehenden Empfangs- und Verfahrenszentren
- Punktuelle Verbesserungen des Rechtsschutzes zur Erhöhung der Qualität der Eingaben der Asylsuchenden
- Regelmässiger Informationsaustausch zwischen dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und dem Bundesverwaltungsgericht zur Vereinfachung und gegenseitigen Abstimmung der administrativen Abläufe

Künftig sollen in einer Vorbereitungsphase möglichst alle Vorabklärungen getroffen werden, die für die Behandlung des Asylgesuches notwendig sind. Auch sollen alle für das Verfahren notwendigen Unterlagen gesammelt werden, damit das Verfahren rascher durchgeführt werden kann. Zum Beispiel sollen Anfragen zur Rücknahme betroffener Personen bereits in dieser Vorbereitungsphase beim zuständigen Dublin-Staat eingereicht werden. Ziel ist es, dass künftig Dublin-Entscheide in der Regel in den Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) gefällt und vollzogen werden können und möglichst keine Zuweisung an die Kantone erfolgt. Dies entspricht einem langjährigen Anliegen der Kantone.

Asylsuchende mit einer verfahrensrelevanten gesundheitlichen Beeinträchtigung sollen sich in den EVZ durch vom Bund beauftragtes medizinisches Fachpersonal kostenlos untersuchen lassen können. Später vorge-

brachte verfahrensrelevante gesundheitliche Gründe werden weiterhin berücksichtigt, müssen allerdings von der betroffenen Person nachgewiesen werden können.

Im Beschwerdeverfahren schlägt der Bundesrat zudem punktuelle Verbesserungen beim Rechtsschutz vor. So ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung vorgesehen, wenn die betroffene Person mittellos und die Beschwerde nicht aussichtslos ist. Auf die heute bestehende zusätzliche Voraussetzung der Notwendigkeit der Rechtsvertretung soll verzichtet werden. Zudem sollen in allen Beschwerdeverfahren neben Anwälten auch Personen mit einem juristischen Hochschulabschluss die amtliche Vertretung ausüben können. Mit diesen Massnahmen soll die Qualität der Eingaben der Asylsuchenden erhöht werden.

Mit dem vorgesehenen Informationsaustausch zwischen dem Bundesamt für Migration (BFM) und dem Bundesverwaltungsgericht soll gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht werden, die Beschwerdeverfahren zu beschleunigen, ohne die richterliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen.

Um eine drastische Verkürzung der Asylverfahren zu bewirken, ist allerdings eine umfassende Neustrukturierung des Asylbereichs nötig. Der Bundesrat geht davon aus, dass die umfassende Neustrukturierung innerhalb von fünf bis sechs Jahren umgesetzt werden kann. ([www.bfm.admin.ch](http://www.bfm.admin.ch))

■ INSPIRATION

## Holländische Tipps

Justizministerin Simonetta Sommaruga reiste Anfang November zu einem Arbeitsbesuch in die Niederlande. Zweck war ein Austausch mit Gerd Leers, dem Minister für Einwanderung und Asyl in Den Haag. Hintergrund war die geplante Reform des Asylwesens in der Schweiz. In den Niederlanden gibt es vor dem eigentlichen Verfahren eine Vorbereitungsphase und eine professionelle Rechtsberatung während des erstinstanzlichen Verfahrens. Sommaruga und Leers tauschten sich über die Themen Einwanderung und Asyl aus, wie das EJPD mitteilte. Bei ihrem Besuch in den Niederlanden vereinbarte die Justizministerin mit ihrem Amtskollegen eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Rückführung von Dublin-Fällen.

Die Bundesrätin besuchte das Empfangszentrum mit 1500 Plätzen in Ter Apel, wo Asylsuchende bis zum Ende des erstinstanzlichen Verfahrens untergebracht sind. Alle Akteure im Asylwesen – auch Hilfswerke, Ärzte, Anwälte, Rückkehrhelfer – arbeiten dort unter einem Dach. «Sie tragen dazu bei, dass die Verfahren sehr gut vorbereitet werden», sagte die Justizministerin. Diese Vorbereitungsphase dauert maximal drei Wochen. Ziel sei, dass das eigentliche Verfahren, das acht Tage dauere, nicht mehr verzögert werde. «Relativ viele Entscheide werden angefochten», sagte Sommaruga. Weil sich aber die Gerichte freiwillig verpflichtet hätten, innerhalb weniger Wochen zu entscheiden, würden keine erstinstanzlichen Entscheide weitergezogen, um Zeit zu gewinnen. Trotz wertvoller Anregungen könne die Schweiz das System der Niederlande nicht 1:1 übernehmen. Im Gegensatz zur Schweiz seien die Niederlande zentralistisch organisiert. «Wir müssen nun zusammen mit den Kantonen, Gemeinden, Hilfswerken und Gerichten schauen, wie wir kürzere, aber doch sorgfältige Verfahren erreichen können», so Sommaruga. Rasche Entscheide lägen auch im Interesse der Asylsuchenden selbst. Das Justiz- und Polizeidepartement arbeitet an einer umfassenden Umstrukturierung des Asylverfahrens. Bis Ende 2012 will es Vorschläge in die Vernehmlassung geben, die die Verfahren drastisch verkürzen sollen. Ein grosser Teil der Asylverfahren soll künftig in 120 Tagen abgeschlossen werden können.

([www.bernerzeitung.ch](http://www.bernerzeitung.ch))

■ PATROUILLE

## Nigerianische Polizisten in St. Gallen, Zug und Genf

Im Kampf gegen den Drogenhandel geht die Schweiz unkonventionelle Wege: Seit September patrouilliert ein nigerianischer Polizist in St. Gallen zusammen mit Schweizer Kollegen. Ziel ist ein Erfahrungsaustausch. Am Pilotprojekt beteiligen sich auch die Kantone Genf und Zug. 2010 hatten gemäss Statistik des BFM 1969 Nigerianer ein Asylgesuch in der Schweiz gestellt. Damit war Nigeria das wichtigste Herkunftsland. Die Schweiz und Nigeria haben im Februar 2011 eine Migrationspartnerschaft unterzeichnet. Die Schweiz

erhofft sich weniger Asylsuchende aus Nigeria, das westafrikanische Land wiederum bessere Beziehungen und mehr Hilfe. Der Kampf gegen den Drogenhandel ist Bestandteil der Absichtserklärung. Das BFM hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der städtischen Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD), den Polizeibehörden verschiedener Kantone sowie dem Grenzwachtkorps (GWK) ein Projekt ausgearbeitet, das Einsätze von nigerianischen Polizisten in der Schweiz ermöglicht. Den nigerianischen Polizisten würden die Polizeistrukturen in der Schweiz aufgezeigt und sie erhielten Einblick in den Polizeialltag, sagte Marc Elsaesser vom BFM am Dienstag in St. Gallen vor den Medien. Zusammen wollen die Schweiz und Nigeria gegen den Drogenhandel vorgehen. St. Gallen und Genf gelten als Brennpunkte des Kokainhandels, in Zug stehen Wirtschaftskriminalität und Geldwäscherei im Fokus. ([www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch))

#### ■ EJPD

### Externe Untersuchung wird eingeleitet

Zwischen 2006 und 2008 sind in der Schweizer Botschaft in Syrien und in Ägypten zirka 7000 bis 10'000 Asylgesuche von irakischen Staatsangehörigen eingegangen, die in der Folge während mehrerer Jahre durch das BFM nicht behandelt wurden. Eine externe Untersuchung soll nun aufzeigen, ob durch dieses Vorgehen Recht verletzt wurde und welche Lehren zu ziehen sind. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des EJPD, hat den Bundesrat über den Sachverhalt informiert. Das EJPD hat Michel Féraud mit der externen Untersuchung beauftragt. Féraud war bis 2010 Bundesrichter und Präsident der I. öffentlich-rechtlichen Abteilung. Bundesrätin Sommaruga hatte Ende Mai dieses Jahres vom fraglichen Sachverhalt Kenntnis erlangt und anschliessend eine interne Abklärung in Auftrag gegeben. Die externe Untersuchung soll diese interne Abklärung ergänzen und die Vorkommnisse restlos klären. Erwartet werden auch Vorschläge für die rechtskonforme Erledigung der noch nicht behandelten Gesuche. Der Bericht soll Ende Jahr vorliegen, anschliessend wird das EJPD über das

weitere Vorgehen entscheiden und informieren. ([www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch))

#### ■ BEOBACHTER/-INNEN

### Ausbildung für Sonderflüge

Die unabhängigen Beobachterinnen und Beobachter für Sonderflüge sind ernannt und ausgebildet. Sie traten ihre Aufgabe im September an. Es handelt sich vorerst um ein sechsmonatiges Pilotprojekt für das sogenannte ausländerrechtliche Vollzugsmonitoring im Rahmen der Rückführungsrichtlinie. Das Mandat dazu hatte das BFM im Juni an den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) vergeben.

Die Auswahl und die Anstellung der Beobachterinnen und Beobachter erfolgten im Einvernehmen mit dem BFM, dem SEK und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, die den SEK bei der Umsetzung des Pilotprojekts unterstützt. Wie angekündigt konnten für die Aufgabe ehemalige Justiz- und Polizeidirektorinnen oder -direktoren und Rechtsprofessorinnen oder -professoren gewonnen werden. Ziel der Pilotphase ist es, die Modalitäten der Umsetzung in die Praxis zu prüfen und festzulegen. ([www.news.admin.ch](http://www.news.admin.ch))

#### ■ STUDIE

### Warum Kinder von Migranten kaum studieren

Migrantenkinder erbringen im Schnitt keine schlechteren schulischen Leistungen als einheimische Kinder. Trotzdem sind sie auf der Gymnasial- und Hochschulstufe unterrepräsentiert. Dabei bestehen zwischen den einzelnen Nationalitäten grosse Unterschiede. Dies zeigt eine vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) unterstützte bildungssoziologische Studie.

Das Schweizer Bildungssystem steht nicht allen Jugendlichen gleichermassen offen. Kinder von Akademikern und vermögenden Eltern erwerben viel häufiger einen höheren Bildungsabschluss als Kinder von Migranten und aus Unterschichten. Diese Tatsache verletzt nicht nur die in der Verfassung festgehaltene Chancengleichheit. Sie ist zudem volkswirtschaftlich schädlich, weil sie dazu führt, dass leistungsfähige Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern ihr Potenzial nicht entfalten können – was in der Schweiz

deutlich häufiger vorkommt als in einigen Nachbarstaaten. Warum aber sind die Chancen im Bildungssystem gerade für Migrantenkinder schlecht? Unterstützt vom Schweizerischen Nationalfonds, hat der Bildungssoziologe Rolf Becker von der Universität Bern mit seinem Team diese Frage für den Übergang von der Primarstufe auf die Sekundarstufe I statistisch untersucht, und zwar mit Daten des Geburtsjahrgangs 1985 in der Deutschschweiz (2755 Fälle), mit Daten von 1998 für Schulkinder am Ende der Primarstufe im Kanton Zürich (1200 Fälle) sowie mit Daten für Primarschulkinder in den Kantonen Bern und Zürich (1366 Fälle). Die Gründe für die Nachteile sind oftmals die schwache finanzielle und kulturelle Ausstattung des Elternhauses sowie Sprachprobleme. Dabei besitzen viele Eltern den deutlich stärkeren Wunsch als einheimische Eltern, dass ihre Kinder die Matura machen – in den Kantonen Bern und Zürich sind dies über 87%. Bei den einheimischen Eltern sind es nur 69%. ([www.snf.ch](http://www.snf.ch))

#### ■ PETITION

### 200'000 Unterschriften für Sans-Papiers

Innerhalb von fünf Monaten haben rund 20'000 Personen die Petition «Schluss mit der Heuchelei!» unterschrieben. Damit fordern sie mehr Rechte für Papierlose. Die Petition wurde bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Die Petition richtet eine ganze Reihe von Forderungen an den Bundesrat. So sollen unter anderem Zwangsausschaffungen sofort gestoppt und Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Situation der Sans-Papiers geregelt wird.

Laut Solidarité sans frontières leben über 100'000 Papierlose in der Schweiz. Während die Arbeitskraft dieser Menschen gern in Anspruch genommen werde, würden ihnen aber Grundrechte verweigert. ([www.sf.tv](http://www.sf.tv))

#### ■ ZUSAMMENARBEIT

### Verbindungsperson in Rom

Die Schweiz und Italien wollen bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus Nordafrika enger zusammenarbeiten. Dazu soll

unter anderem eine Schweizer Verbindungsperson in Rom eingesetzt werden.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga einigte sich bei Gesprächen mit Innenminister Roberto Maroni in der italienischen Hauptstadt auf eine verstärkte Kooperation im Migrationsbereich, wie das EJPD Ende September mitteilte.

Italien sei für die Schweiz der wichtigste Partner bei der Umsetzung des Dublin-Verfahrens, das die Zuständigkeit bei der Behandlung von Asylverfahren regelt. Seit Anfang Jahr überstellte die Schweiz gemäss Asylstatistik rund 1500 Personen nach Italien.

«Diese Zusammenarbeit funktioniert insgesamt gut, kann aber in gewissen Bereichen noch optimiert werden», teilte das EJPD mit. So gebe es zum Beispiel Probleme mit Personen, die nach Italien zurückgeschickt wurden und nach kurzer Zeit wieder ein Asylgesuch in der Schweiz stellten. Die kantonalen Polizeidirektoren hatten zuletzt harsche Kritik am Dublin-Verfahren geübt. Es dauere häufig Monate, bis ein Asylbewerber in einen Drittstaat überführt werden könne. Vor allem Italien reize die Fristen aus. FDP-Präsident Fulvio Pelli bezichtigte Italien gar, es stelle Schengen-Dublin-Visa an Wirtschaftsflüchtlinge aus. Italien ist eines der ersten Zielländer für Asylbewerber und Migranten aus Afrika. Seit Beginn der Aufstände in Nordafrika sind offiziellen Angaben zufolge 26'000 tunesische Migranten auf der italienischen Insel Lampedusa eingetroffen, weitere 28'000 Flüchtlinge seien in Libyen in Richtung Norden aufgebrochen. (www.bielertagblatt.ch)

#### ■ WECHSELWIRKUNGEN

### Migration, Handel, Entwicklung

In Bern ging Mitte September ein Treffen zu Ende, an dem Regierungsvertreter sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft aus aller Welt über die Wechselwirkungen zwischen Handel, Migration und Entwicklung diskutiert haben. Das Treffen fand im Rahmen des Globalen Forums für Migration und Entwicklung statt, dessen Vorsitz die Schweiz 2011 innehat. Die globale Diskussion zu Migration und Entwicklung soll konkretisiert und das Verständnis für die Vielschichtigkeit des Themas gefördert wer-

den. Das dreitägige Treffen unter dem Titel «Markets for Migration and Development (M4MD)» wurde unter der Schirmherrschaft der Regierungen der Schweiz und Sri Lankas durch das BFM in Kooperation mit dem World Trade Institute der Universität Bern (WTI) und dem Netzwerk Business for Social Responsibility (BSR) durchgeführt. Den Vorsitz des Treffens hatten der Sonderbotschafter für internationale Migrationszusammenarbeit Eduard Gnesa für die Schweiz und Staatssekretär Nissanka M. Wijeratne für Sri Lanka inne. Am Expertentreffen nahmen hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft sowie des internationalen Gewerkschaftsbundes teil. Die angeregten und teils auch kontroversen Diskussionen zeigten die Komplexität der Schnittstellen von Handels-, Migrations- und Entwicklungspolitik –, aber auch die Chancen, wenn die entsprechenden Strategien kohärent entwickelt und umgesetzt werden. Eine thematische Priorität des Expertentreffens war der Einbezug der Sozialpartner in die Planung und Entwicklung der nationalen Migrationspolitiken – ein Themenbereich, in dem die Schweiz über grosse Erfahrung verfügt. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die direkten Gespräche zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Regierungen einen wichtigen Beitrag leisten, um zu einem gemeinsamen Verständnis der Herausforderungen und Synergien zwischen den Politikbereichen beizutragen. Während das Treffen selbst nicht öffentlich war, diskutierten Experten an einem separaten öffentlichen Anlass, inwieweit Migranten als Unternehmerinnen und Unternehmer zur Entwicklung ihres Herkunftslandes beitragen können.

Die zentralen Erkenntnisse des Berner Expertentreffens werden zusammen mit den Schlussfolgerungen der anderen weltweit stattfindenden thematischen Treffen in die Schlussdebatte des Globalen Forums für Migration und Entwicklung einfließen, die Anfang Dezember in Genf vom Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in enger Zusammenarbeit mit dem BFM organisiert wird. Das Globale Forum ist als Prozess zu verstehen, an dem das BFM und das EDA (Politische Abteilung IV und Deza) beteiligt sind. Zudem wird das World Trade Institute die Artikel, die ver-

schiedene wissenschaftliche Referentinnen und Referenten für dieses Treffen verfasst haben, in Buchform publizieren.

(www.news.admin.ch)

#### ■ KREUZLINGEN

### Beschäftigung in neuen Räumen

Das Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) in Kreuzlingen plant eine Erweiterung im Untergeschoss. Konkret sind gemäss Baueingabe neue Duschräume und Garderoben, ein grosser Beschäftigungsraum mit Platz für Besinnung sowie technische Räumlichkeiten vorgesehen. Das Baugesuch lag bis zum 10. Oktober bei der Bauverwaltung Kreuzlingen öffentlich auf.

Anna Maria Krajewska, Pressesprecherin des BFM, sagt, dass im Zentrum durch den Ausbau unter Terrain an der Oberfläche mehr Platz geschaffen werde. «Die Duschen, die Wäscherei und die Lagerräume werden vom Erd- ins Untergeschoss verlegt.» Dadurch soll die bestehende Infrastruktur entlastet werden. Als es diesen Sommer zu Konflikten im Zusammenhang mit Asylbewerbern kam, die sich vermehrt im Zentrum von Kreuzlingen aufhalten, beabsichtigte der Stadtrat, ein Beschäftigungsprogramm für Asylbewerber zu realisieren. Stadtrat David Blatter bezeichnet dies aber mittlerweile als «wahnsinnig schwierig». Verschiedenes wurde in Erwägung gezogen, aber bei Pro Forst übernehmen bereits die Werkhofmitarbeiter im Winter die einfacheren Tätigkeiten und man wolle den städtischen Sozialprojekten die Jobs nicht wegnehmen. Dass Asylbewerber oft nur 20 Tage vor Ort sind, erschwere ein Beschäftigungsprogramm zusätzlich, erklärt Blatter. Er kann sich aber kurzfristige Einsätze für Einrichtung und Aufräumarbeiten vorstellen: «Zum Beispiel beim 'Fantastical' oder bei ähnlichen Anlässen», sagt Blatter.

Auf Nachfrage beim BFM stellt Sprecherin Krajewska klar, dass «die Beschäftigung der Asylsuchenden Sache des Bundesamtes» sei. Es gebe Beschäftigungsprogramme für Kinder, Erwachsene und separat auch solche für Frauen. Die Teilnahme an diesen Programmen sei freiwillig. Mit der Stadt fänden regelmässig Gespräche und Kontakte zur Beschäftigung von Asylsuchenden statt. Dabei gehe es um begleitete Aktivität-

ten im öffentlichen Raum, wie Fussballspielen auf dem Spielplatz der Stadt, die Nutzung von Vita Parcours und Ähnliches.

Im neuen Aufenthaltsraum können Tischspiele, Tischtennis und Tisch-Kicker gespielt werden, ergänzt Michael Glauser vom BFM. Auch Angebote wie Trommeln, Basteln und Malen seien geplant. Es sei aber nicht so, dass die Bewohner der Empfangsstelle zur Zeit keine Beschäftigung hätten. «Die Asylsuchenden sind im Zentrum in die täglichen Arbeiten wie Reinigungs- und Küchenarbeiten eingebunden», erklärt Michael Glauser.

(www.toggenburgertagblatt.ch)

## ■ ZUG

### Ehemaliges Altersheim

Das Altersheim Waldheim in Zug wird während einer Übergangsphase von zwei bis drei Jahren als Asylunterkunft genutzt: Maximal 60 Personen sollen darin untergebracht werden. Das hat Stadtrat Andreas Bossard in einem Brief der Nachbarschaft des Altersheims mitgeteilt. Bei der – eher wohlhabenden – Nachbarschaft stossen die Pläne auf Unverständnis, wie erste Reaktionen zeigen.

«Was kann wohl einen Stadtrat und eine Regierungsrätin dazu bringen, inmitten eines gehobenen Wohnquartiers, umgeben von Hotels, Heimen und Schulen, eine Asylunterkunft einzurichten», fragt Anwohner Hans Wickart in einem offenen Brief an Stadtrat Andreas Bossard. Der frühere Amag-Geschäftsleiter und heutige Präsident der FDP-Sektion Top60 fordert Bossard auf, von seinem Ansinnen Abstand zu nehmen.

«Wenn den Behörden unserer Stadt und des Kantons der gesunde Menschenverstand abhandengekommen ist, müssen die Bürger mit den gegebenen politischen und rechtlichen Mitteln dafür sorgen, dass ein solcher Unsinn nicht stattfinden kann», schreibt Wickart weiter. (www.luzernerzeitung.ch)

## ■ BASEL

### Wohnen auf dem Schiff

Die zunehmende Zahl der Asylgesuche stellt Basel vor grosse Herausforderungen: Wo soll der eng begrenzte Stadtkanton die Asylsuchenden am sichersten und für die Wohnbevölkerung verträglich unterbringen? Nun

wehren sich Anwohner gegen ein Asylzentrum beim Felix-Platter-Spital.

Mitten in der Kontroverse um das Asylheim im Annex-Bau des Felix-Platter-Spitals lanciert SVP-Grossrat Eduard Rutschmann eine vollkommen neue Idee: Er schlägt dem Regierungsrat vor, die Asylsuchenden in einem ausrangierten Hotelschiff unterzubringen. «Alles in allem ist das eine viel bessere und humanere Logiermöglichkeit als ein Luftschutzkeller», sagt Rutschmann.

(www.basellandschaftlichezeitung.ch)

## ■ BERN

### Afrikaner an Volksläufen

Die Ostafrikaner dominieren den Laufsport nach Belieben. Das spüren selbst kleine Volksläufe im Oberaargau. Doch die Organisatoren des Langenthaler Stadtlaufs wehren sich gegen den Ansturm der Afrikaner, die oft von zwielichtigen Vermittlern abhängig sind.

Jeweils eine Woche vor dem Anlass klingelt pausenlos das Telefon von Marcel Hammel, OK-Mitglied des Langenthaler Stadtlaufs. Die Anrufer stellen immer ähnliche Fragen: Was zahlen Sie für diesen und jenen Läufer? Wie viel Geld gibt es für den Streckenrekord? Hammel ist verantwortlich für die Eliteläufer. Es sind Vermittler und Manager, die sich im Vorfeld bei ihm melden. Fast immer wollen sie einen Läufer aus Kenia, Äthiopien oder Eritrea platzieren. Nicht die Stars der Szene, sondern unbekannte Läufer. Aber auch sie sind noch schnell genug, um den Stadtlauf zu dominieren. 2010 hat ein Äthiopier gewonnen, ein Landsmann hält den Streckenrekord. Dass die Ostafrikaner die Laufszene dominieren, ist nicht neu. Allerdings tauchen sie mittlerweile vermehrt selbst an kleinen Volksläufen auf. Der Ansturm der Afrikaner sei grösser geworden, sagt Fritz Schmocker, Nationaltrainer der Mittel- und Langstreckenläufer. Dahinter stecke ein «organisiertes Business». Für die mittellosen Afrikaner seien selbst einige 100 Franken Preisgeld sehr viel. Schmocker beobachtet die Entwicklung mit Sorge. Denn primär profitierten nicht die Läufer, sondern deren Vermittler, die den Transport in die Schweiz organisierten. «Es ist ein moderner Sklavenhandel.» Allzu strikt ist aber auch Hammel nicht. Er weiss: Es sind auch viele

Asylbewerber aus Afrika, die mit dem Laufen Geld verdienen. «Es sind arme Kerle», sagt Hammel, «aber sportlich sind sie top.»

(www.bernerzeitung.ch)

## ■ ST. GALLEN-APPENZELL

### Hammer, Nagel und Elfmeter

In einem neuen Programm von Caritas St. Gallen-Appenzell lernen Flüchtlinge praxisorientiertes Deutsch, das sie im Anschluss direkt an ihren Arbeitsplätzen anwenden. Ein solches Angebot existierte in der Region bislang nicht.

«Was ist das?», fragt Bernadette Moosmann ihre eritreischen Schüler und Schülerinnen und hält ein Werkzeug hoch. «Zange», ertönt noch zögerlich die Antwort. «Aber nicht irgendeine», entgegnet Moosmann und tut, als würde sie nach ihren Schülern schnappen, bis diese die Antwort wissen: «Eine Beisszange.» Die Schüler notieren es, und weiter geht es mit dem Werkzeug Hammer.

So ungefähr spielt sich eine Lektion des neuen Bildungsprogramms «Deutsch und Arbeit» ab. Dabei lernen die Flüchtlinge am Vormittag Begriffe wie Nagel, Schraubenzieher oder Staubwedel, um diese nachmittags an ihren Arbeitsplätzen anzuwenden. Das Programm enthält aber auch einen Kurs, der Deutsch verstehen, lesen und interpretieren vermittelt; dabei werden auch vergnügliche Themen, wie etwa Fussball, behandelt.

(www.wilerzeitung.ch)

## ■ EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK

### Europa schottet sich weiter ab

Die Europäische Union rüstet gegen Flüchtlinge auf: Grenzkontrollen im Schengen-Raum sollen erlaubt werden, um die Weiterreise von illegalen Einwanderern und Asylbewerbern zu verhindern. Das geht aus einem Gesetzesentwurf der EU-Kommission hervor. Damit legitimiert die Behörde das Vorgehen Frankreichs und Dänemarks. Paris hatte im letzten April zeitweise Kontrollen an der Grenze zu Italien eingeführt. Damals waren rund 25'000 Flüchtlinge aus Nordafrika über Italien in die Europäische Union eingereist. Ein Grossteil von ihnen wollte weiter nach Frankreich, und Italien hatte eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Dagegen setzte sich Frank-

reich zur Wehr. Auch die rechtspopulistische Volkspartei in Kopenhagen hatte die Abwehr von Flüchtlingen als Grund angegeben, um die Grenzkontrollen Anfang Juli zu verschärfen. «Diese neue Regelung ist fatal. Sie bestraft die Länder, die Flüchtlinge aus humanitären oder politischen Gründen einreisen lassen. Diese müssen befürchten, dafür zeitweise aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen zu werden», sagt Ska Keller, EU-Abgeordnete der Grünen. Sie befürchtet, dass Griechenland, Italien und Spanien in Zukunft drastischere Mittel anwenden werden, um die Einreise von Flüchtlingen, etwa aus Nordafrika, zu unterbinden. «Die Europäische Union schottet sich weiter ab und verliert ihre humanitäre Verpflichtung völlig aus den Augen.» Gleichzeitig soll nämlich die Grenzschutzagentur Frontex gestärkt werden. Sie soll mehr Geld bekommen und den Mitgliedstaaten unter die Arme greifen, wenn diese aus eigenen Mitteln die EU-Aussengrenzen nicht sichern können. Ein Gremium soll künftig überprüfen, dass es bei diesen Einsätzen nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt. (www.taz.de)

■ DEUTSCHLAND

**Hilfe bei Abschiebung**

Wer keinen Pass hat, kann nicht abgeschoben werden, deshalb tragen viele Flüchtlinge keine Dokumente bei sich. Der Fall des Asylbewerbers John Kanu zeigt, mit welchen Methoden deutsche Behörden dennoch eine Abschiebung zu erwirken versuchen: Sie bezahlen ausländische Beamte, um Flüchtlingen gültige Dokumente auszustellen. Mancher erhielt einen Pass, obwohl er das angebliche Herkunftsland noch nie betreten hat. Die Republik Sierra Leone liegt beispielsweise am Ende eines langen Ganges neben dem Putzraum. Hinter einem Tisch sitzen dort: der höchste Passbeamte Sierra Leones, der Botschafter des Landes in Deutschland sowie fünf sierra-leonische Mitarbeiter. Die Berliner Ausländerbehörde hat den Raum für die Anhörungen zu exterritorialem Gebiet erklärt, nur dreissig Quadratmeter Westafrika. Doch vielleicht wird John Kanu, der heute um 6 Uhr in seiner Asylbewerberunterkunft aufgebrochen ist und jetzt seine dicke Jacke nicht auszieht, schon bald in Sierra Leone in Westafrika

sein – wenn die Beamten zum Schluss kommen, dass er ein Landsmann ist. Am selben Tag sind weitere 88 Asylbewerber vorgeladen. Solche Anhörungen finden regelmässig statt. Die Bundespolizei lässt dafür mittlerweile fast monatlich Beamte aus Ländern wie Kamerun, Guinea, Vietnam oder China einfliegen – Länder, aus denen wahrscheinlich viele Asylsuchende stammen. Denn die deutschen Ausländerbehörden haben ein Problem: Nur wenige Flüchtlinge tragen Dokumente bei sich, aus denen sich ihr Herkunftsland erkennen lässt. In vielen Ländern Afrikas zum Beispiel sind staatliche Identitätspapiere eine Seltenheit, Pässe werden nur bei Bedarf ausgestellt. Und die wenigen Flüchtlinge, die Papiere haben, vernichten diese oft, sobald sie am Ziel sind. (www.sueddeutsche.de)

■ ÖSTERREICH

**Asylbewerberheim geräumt**

Die Elektroinstallationen in einem Asylbewerberheim in Zell am See in Österreich sind offenbar derart desolat, dass die Bezirkshauptmannschaft das Gebäude Anfang November wegen akuter Lebensgefahr räumen liess.

Die 17 Männer, die in dem Heim Malik eine Grundversorgung erhielten, wurden noch während der Nacht kurzfristig bei Freunden und im Asylheim Böckstein in Gastein untergebracht. Eine Wand war vermutlich wegen eines verschmorten Kabels heiss geworden. «Es hätte jederzeit ein Brand ausbrechen können. Das Haus ist in einem katastrophalen, menschenunwürdigen Zustand. Es herrschte akute Lebensgefahr», sagte der Katastrophenreferent der Bezirkshauptmannschaft Zell am See, Kurt Reiter, zur Nachrichtenagentur APA. Die Feuerwehr und ein Elektromeister wurden am Dienstag zu dem Haus beordert. Sie stellten grobe Mängel fest. Aus Sicherheitsgründen wurde das Heim Malik in der Zellermoosstrasse gesperrt. Der Quartiergeber, ein Österreicher, konnte vorerst nicht zur Rechenschaft gezogen werden, er war verreist. Nun wird das Haus feuerpolizeilich und auch gewerbe-rechtlich überprüft.

Der Leiter des Fachreferates Migration im Land Salzburg, Erwin Eiersebner, zeigte sich über den desolaten Zustand des Heimes

überrascht. Bei der letzten feuerpolizeilichen Überprüfung durch die Bezirkshauptmannschaft Zell am See im Jahr 2010 seien Mängel festgestellt worden, «diese wurden dann abgearbeitet», sagte Eiersebner. Das Fachreferat sei aber nur für die Finanzierung der Grundversorgung und Zuteilung der Quartiere zuständig, nicht aber für die bauliche Beschaffenheit des Hauses. Belange, die den Brandschutz und das Gewerbe-recht betreffen, obliegen der Bezirkshauptmannschaft Zell am See. Diese müsse auch regelmässig überprüfen, ob die feuerpolizeilichen Vorschriften eingehalten werden.

Wenn die Schäden nicht repariert werden, dann werden dem Heim auch keine Asylbewerber mehr zugeteilt, sagte Eiersebner. «Uns ist es wichtig, dass alle Vorschriften erfüllt sind und den Bewohnern nichts passiert. Für uns war es aber überraschend, dass es Probleme gibt. Die Bewohner waren nach unseren Rückmeldungen sehr zufrieden.» Das Fachreferat sei am Dienstagabend darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass vom feuerpolizeilichen Aspekt her eine Gefahr für die Asylbewerber drohe. «Wir wollten kein Risiko eingehen und haben deshalb die Entscheidung getroffen, bis zur Klärung der Lage die Leute anderswertig unterzubringen.» (www.salzburg.com)

■ SPANIEN

**Von Marokko nach Ceuta**

Eine Gruppe von 65 afrikanischen Flüchtlingen hat von Marokko aus schwimmend spanisches Gebiet erreicht. Wie die spanische Polizei Ende Oktober mitteilte, waren die Afrikaner von der marokkanischen Küste um eine Landzunge herum zu einem Strand in der spanischen Nordafrika-Exklave Ceuta geschwommen. Sie bildeten nach diesen Angaben die grösste Gruppe von Flüchtlingen, die jemals an einem Tag über das Meer in die zu Spanien gehörende Stadt gelangte. 20 weitere Personen wurden von der marokkanischen Polizei festgenommen. Die spanischen Behörden wiesen darauf hin, dass es in Ceuta seit Jahresbeginn mindestens 14 Massenfluchten dieser Art gegeben habe. Aber noch nie seien so viele Afrikaner zugleich in die Stadt gelangt. Ceuta (76'000 Einwohner) liegt an der nordafrikanischen Küste gegenüber von Gibraltar. Befestigte

Grenzanlagen trennen das Stadtgebiet vom marokkanischen Territorium. Insgesamt ist der Zustrom afrikanischer Flüchtlinge nach Spanien in letzter Zeit stark zurückgegangen. Die Ursache liegt vor allem in der hohen Arbeitslosigkeit in Spanien.

(www.derstandard.at)

#### ■ EUROPA

### „Little Alien“

Mitte Oktober wurden in Wien zum 16. Mal die «Erasmus EuroMedia Awards» für herausragende Medienprodukte verliehen, die Geschichte, Entwicklung und Werte Europas kritisch reflektieren.

Der Hauptpreis «Grand Award» geht an den Dokumentarfilm «Little Alien» von Mobilefilm, Wien. Die Regisseurin Nina Kusturica gewährt einen Blick in die Welt junger Asylsuchender in Österreich, lässt sie ihre Geschichte erzählen, ihre Hoffnungen und Wünsche für ein selbstbestimmtes Leben ausdrücken. Der Film thematisiert dabei eines der grossen Gegenwartsprobleme Europas, erzählt die Geschichte von Menschen, die mit einem Traum von Europa auf diesen Kontinent kommen, hier jedoch vor verschlossenen Türen, missgelaunten Administratoren und Fremdenfeindlichkeit stehen – und dennoch ihre Zuversicht und ihren Humor behalten. ««Little Alien» erinnert uns an den europäischen Traum, den uns andere spiegeln müssen, weil wir ihn selbst nicht mehr haben», so der Juryvorsitzende Professor Thomas A. Bauer in seiner Laudatio. (www.ots.at)

#### ■ KUBA

### Immer mehr flüchten in die USA

Die Zahl der Personen aus Kuba, die unter Lebensgefahr versuchen, ihre Insel über das karibische Meer in die USA verlassen, ist stark angestiegen. Nach US-Angaben flohen zwischen Oktober 2010 und September 2011 mehr als doppelt so viele Kubaner per Boot Richtung USA wie im Vorjahr. Für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zeigt diese Zahl, dass die Kubaner kaum Hoffnung auf einen baldigen Wandel der politischen Situation auf der Insel haben. Alle Versprechen einer politischen Öffnung seitens der Regierung seien

reine Rhetorik geblieben und die «hässliche Fratze der Repression» bestimme weiter den kubanischen Alltag. Gemäss den der IGFM vorliegenden Zahlen flohen 2010/2011 rund 1700 kubanische Boatpeople Richtung USA. Rund 1000 Personen wurden auf dem Meer von US-Küstenwachtbooten aufgegriffen, während 700 die Küste Floridas erreichten. Normalerweise werden nach dem Grundsatz «wet foot, dry foot» auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge nach Kuba zurückgebracht, wohingegen diejenigen bleiben dürfen, die US-amerikanisches Festland erreichen. Meist versuchten die Boatpeople, aus Kuba mithilfe von Menschenschleppern zu entkommen, die rund 10'000 Dollar für eine Flucht verlangen. (www.latina-press.com)

#### ■ EU-INITIATIVE

### Gegen illegale Einwanderer

Einen Tag nach dem Euro-Krisengipfel widmet man sich in Brüssel Ende Oktober einer anderen EU-Baustelle: Die 27 EU-Innenminister beraten die EU-Einwanderungspolitik. Die gemeinsame Initiative von Österreich und Ungarn für mehr und entschlosseneren EU-Massnahmen gegen illegale Migration und das Schlepperwesen findet immer mehr Unterstützung unter den EU-Partnern. Die Niederlande haben bereits ihre Unterstützung versprochen. Italien und Frankreich drängen ebenfalls auf verstärkte Massnahmen gegen illegale Einwanderer - vor allem angesichts der aktuellen politischen Lage in den nordafrikanischen Ländern. Österreich drängt besonders darauf, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex effizienter als bisher tätig wird. Wie man im Innenministerium betont, geht es vor allem auch um die stärkere Überwachung der Schlepperrouten an der türkisch-griechischen Grenze und an der ungarisch-serbischen Grenze. Allein in diesem Jahr ist die Zahl der illegalen Immigranten in Österreich um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf rund 15.000 Personen gestiegen. Bei den Asylanträgen gibt es eine Steigerung um 30 Prozent. Angesichts der steigenden Asylwerber-Zahlen droht die Europäische Union den Westbalkan-Staaten bereits mit der Wiedereinführung der Visapflicht. Ein entsprechender Vorschlag

der EU-Kommission liegt den Innenministern heute, Donnerstag, auf dem Tisch. Vor allem geht es Brüssel darum, einen Monitoring-Mechanismus mit einer Schwelle zu entwerfen, über der die Visapflicht wieder einzuführen ist. Diesen gibt es derzeit noch nicht.

Erst zum Jahreswechsel wurden die Westbalkan-Staaten von der Visapflicht bei Reisen in die EU befreit. Seither sind die Zahlen der Asylwerber aus diesen Ländern, vor allem aus Mazedonien und Serbien, sprunghaft angestiegen: In Deutschland wurden rund 3600, in Schweden 2500, in Belgien fast 2000 und in Luxemburg mehr als 1000 Asylwerber registriert. Zur Sprache sollen auch die jüngsten Schlepperfälle in Österreich und Ungarn kommen - vor allem der große Anstieg aus Pakistan, Afghanistan, Somalia und Indien. Diplomaten sprechen von katastrophalen Zuständen an der türkisch-griechischen Grenze, Athen setze einen Aktionsplan nur schleppend um. (www.kurier.at)

#### ■ AUSTRALIEN

### Selbstmordversuch eines neun-jährigen Flüchtlings

Ein neunjähriger Asylbewerber hat in Australien einen Selbstmordversuch unternommen. Die Lebensbedingungen für minderjährige Flüchtlinge im Land seien «Kindesmissbrauch», kritisierte daraufhin die oberste australische Gesundheitsbehörde Ende September. Viele Kinder in den Auffanglagern litten unter Depressionen und fügten sich selbst Wunden zu. Auch viele der erwachsenen Flüchtlinge hätten psychische Probleme, sagte Peter Morris von der Gesundheitsbehörde im Northern Territory. Die Flüchtlinge, die mit Booten in Australien ankommen, werden oft lange in Lagern in abgelegenen Gebieten festgehalten. Dies sei «medizinisch schädlich, verstösst gegen die Menschenrechte, hat keine bekannten positiven Effekte und ist reine Geldverschwendung», sagte Morris.

Derzeit sind demnach mehr als 4700 Menschen betroffen, darunter 845 Minderjährige. Obwohl die Zahl der Flüchtlinge im weltweiten Vergleich eher gering ist, ist der Umgang mit ihnen ein heikles politisches Thema in Australien. (www.grenchnertagblatt.ch)